

## **Rudolf Henke, Vorsitzender Marburger Bund Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz**

Reformen gegen die Bevölkerung - das ist auf Dauer nicht möglich. Deshalb erleben wir derzeit einen Kampf um das Urteil der Bürger über die Gesundheitsreform. Die Anhörung im Deutschen Bundestag hat gezeigt: jeder, der von Gesundheit und Krankheit etwas versteht, bewertet das Vorhaben kritisch. Grundlegende Korrekturen sind notwendig, wenn die Große Koalition sich nicht bis auf die Knochen blamieren will. Es mag zwar eine Mehrheit für die Pläne der Regierung in den Koalitionsfraktionen geben, es gibt sie aber nicht im Urteil der Bürger. Die Bürger spüren, was auf sie zukommt.

Steigende Beiträge gehen einher mit sinkendem Einfluss für die Versicherten, sinkender Versorgungssicherheit und wachsender Zuteilungs- und Wartelistenmedizin. Täusche sich niemand: Die Leistungsberufe protestieren jetzt zwar am stärksten, u.a. mit dem Nationalen Protesttag am kommenden Montag, zu dem auch der Marburger Bund aufruft. Nach der Reform würden sie aber aus purer Not ihren Frieden mit einem solchen neuen System schließen müssen. Schließlich müssen sie ja von ihrer Arbeit leben. Die Bevölkerung aber wird die Wirkungen nach und nach mehr zu spüren bekommen und ihren Zorn über Unordnung, höhere Preise bei geringerer Leistung und sinkende Sicherheit ganz zweifellos auf die politisch verantwortlichen Akteure projizieren, die zugelassen haben, dass so ein unverdauliches Menu auf den Tisch kommt.

Ministerin Ulla Schmidt und ihre Crew im Bundesgesundheitsministerium tun derzeit alles, um die Debatte als den Kampf einer egoistischen Verbände-Lobby gegen das von ihrem Ministerium verkörperte Gemeinwohl darzustellen. So will sie die gesellschaftliche Kritik, das Votum der Fachleute, den Zorn der Gesundheitsberufe, die Wirkung der Bundestags-Anhörung neutralisieren. Wer sich der Propaganda des BMG nicht fügt, ist ein übler Egoist. Nach einer Verabschiedung des Gesetzes in seiner momentanen Form würde sich diese Darstellung als ein ideologisches Zerrbild entpuppen. Die Realität wäre nämlich anders: ein alles in allem ausgezeichnet funktionierendes Gesundheitswesen wird in totale Unordnung gestürzt. Alles soll sich dann nach dem Kommando einer im BMG angesiedelten Zentral-Intelligenz richten, ein Art Bundesoberbehörde für Gesundheitsaufsicht, umgeben von entsprechenden Kommissariaten.

Gegen diese Perspektive stellen wir die folgenden zentralen Kritikpunkte:

- 1) Die Beiträge zur Krankenkasse bleiben viel zu eng an die Arbeitskosten gekoppelt und die demographische Lage wird viel zu wenig berücksichtigt.
- 2) Während die Beiträge steigen, wird der Zuschuss aus der Tabaksteuer gestrichen.
- 3) Es ist nicht klar, wie verhindert werden soll, dass der Gesundheitsfonds ein bürokratisches Monster wird.

- 4) Der geplante vom Bundestag zu beschließende Einheitsbeitrag beseitigt starke Wettbewerbsimpulse und die Gestaltung des Zusatzbeitrags ist inkonsequent.
- 5) Den Krankenhäusern und ihren Belegschaften wird ein 500 Mio. teures Sonderopfer zugemutet, das ohne jeden Nutzen Arbeitsplätze zerstört und gesunde Strukturen gefährdet.
- 6) Die vollmundigen Versprechen einer Euro-basierten verlässlichen neuen Gebührenordnung bleiben uneingelöst.
- 7) Die Reform setzt sich über die Zuständigkeit der Länder hinweg, zum Beispiel bei der Fortbildung der Krankenhausärzte.
- 8) Die Wirkungen des morbiditätsgestützten Risikostrukturausgleichs bleiben unklar.
- 9) Es erfolgt eine absolute Entmündigung der Selbstverwaltung von Krankenkassen und Leistungserbringern.
- 10) Die Wahlmöglichkeiten der Kranken werden systematisch verringert.
- 11) Der nicht-kostendeckende Basistarif wird zum Tod der PKV als Vollversicherung führen.
- 12) Alle Weichen werden in Richtung einer leistungsrationierenden Einheitsversicherung gestellt.
- 13) Die Prävention bleibt völlig unterbelichtet.

Bei diesen 13 Kritikpunkten könnte man sagen: Jetzt schlägt's 13. Jeder Abgeordnete im Deutschen Bundestag, der sich mit dem Gesetz befasst, muss sich klar machen, wie er das vertreten will, wenn er 2009 wieder zur Wahl steht. Es kann leicht passieren, dass es dann 13 schlägt.

Wir werden den 4.12. dazu nutzen, mit Patientinnen und Patienten, Angehörigen, Besuchern und unter den Mitarbeitern der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen über die Situation zu sprechen. Wo Krankenhausträger Veranstaltungen in den Häusern ermöglichen beteiligen wir uns aktiv.